



Urnengang vom 27.10.2024 - Kurzbericht des Liechtenstein-Instituts

Stand 28.10.2024 – vorläufige Ergebnisse

Zur Befragung

In Kooperation mit dem Liechtensteiner Vaterland führte das Liechtenstein-Institut eine Onlineumfrage zur Abstimmung vom 27.10.2024 durch. Die Konzeption, Durchführung und Auswertung lag im alleinigen Verantwortungsbereich des Liechtenstein-Instituts, während das Liechtensteiner Vaterland wesentlich für die wiederholte öffentlichkeitswirksame Information und Aufforderung zur Teilnahme an der Umfrage via eigene Print- und Onlinemedien sowie Social-Media-Kanäle zuständig war. Daneben wurde auch auf Radio Liechtenstein und 1FLTV zur Umfrageteilnahme aufgerufen.

Der Briefwahlanteil betrug bei dieser Abstimmung 97,5 Prozent.¹ Demnach wurde der Stimmentscheid in den allermeisten Fällen vor dem Wahlsonntag gefällt. Entsprechend wurde die Umfrage bereits am 15. Oktober lanciert, also rund zwei Wochen vor dem Abstimmungstermin. Beendet wurde die Umfrage am Abstimmungssonntag um Mitternacht. Insgesamt nahmen 1'235 Befragte an der Umfrage teil. In den nachfolgenden Analysen wurden indessen nur die tatsächlich *Stimmenden* (n=907) berücksichtigt.

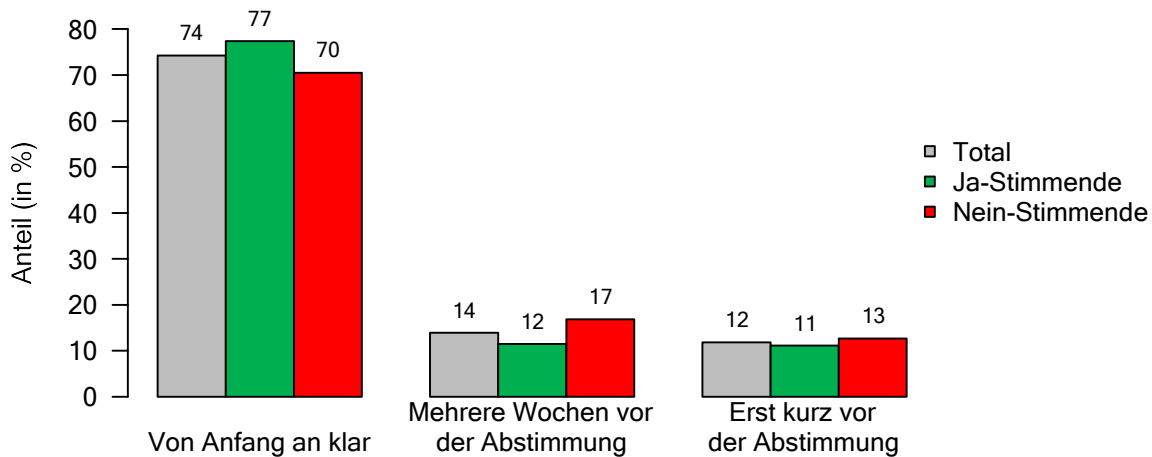
Die Daten sind gewichtet. Die Fehlermarge beträgt für die Gesamtstichprobe und einer 50/50-Verteilung rund +/-3 Prozentpunkte. Für kleinere Subgruppen, beispielsweise die Anhängerschaften der Grossparteien (n= ca. 200), wächst die Fehlermarge auf rund +/-7 Prozentpunkte an.

Meinungsbildung

Urteilsbildung: Drei Viertel der Befragten wussten gemäss eigenem Bekunden von Beginn weg, wie sie abstimmen werden (74%). Folglich legten sich ein Viertel der Stimmenden erst im Verlaufe des Abstimmungskampfes fest (26%). Ja-Stimmende waren sich insgesamt etwas häufiger von Anfang an sicher als die Nein-Stimmenden, von denen sich aber etwa jede/r Sechste bereits mehrere Wochen vor der Abstimmung entschieden hatte (17%).

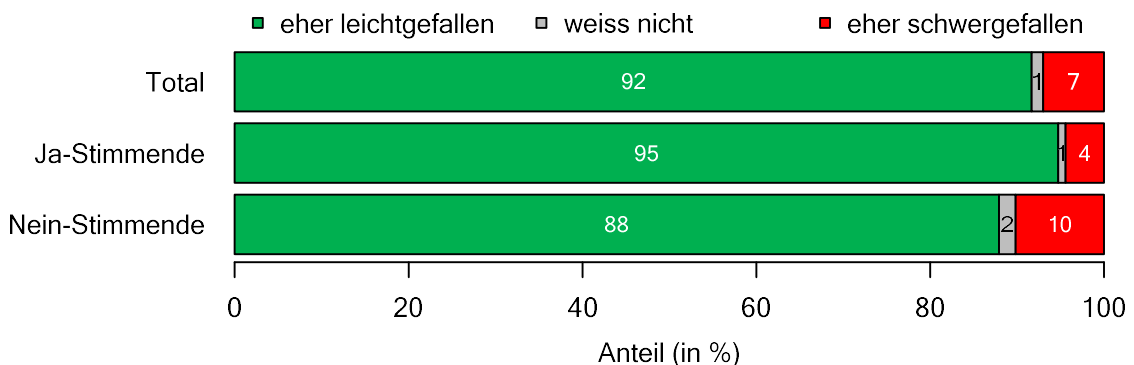
Frage: Wann ungefähr haben Sie sich entschieden, wie Sie beim Initiativbegehren zur Aufhebung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (LRF) (Privatisierung Radio Liechtenstein) abstimmen wollen?

¹ <https://abstimmung.li/resultat/34> [28.10.2024]



Verständlichkeit: Neun von zehn Teilnehmenden fiel es eher leicht zu verstehen, worum es inhaltlich bei der Vorlage ging (92%). Dies ist der höchste Wert von allen Vorlagen, über die dieses Jahr bereits abgestimmt wurde. Eher schwer fiel der Entscheid nur etwa sieben Prozent der Stimmenden. Den Nein-Stimmenden fiel es etwas schwerer als den Ja-Stimmenden. Von letzteren sagen 95 Prozent, dass es ihnen eher leichtgefallen sei.

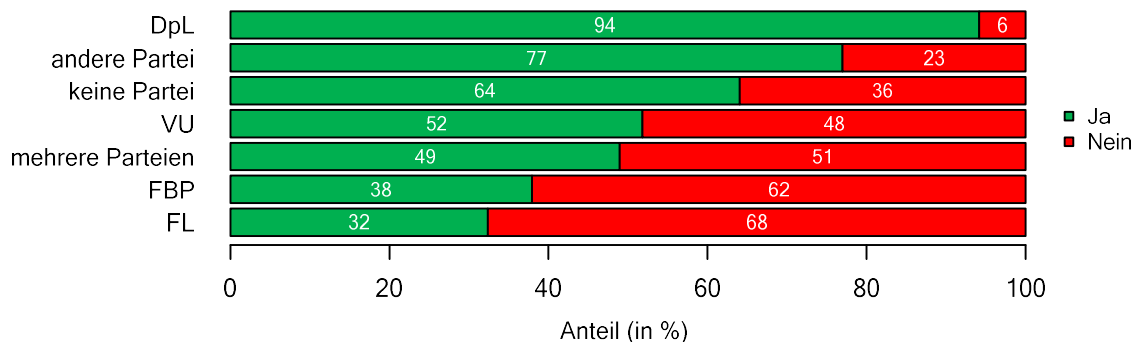
Frage: Ist es Ihnen leichtgefallen oder schwergefallen zu verstehen, worum es beim Initiativbegehren zur Aufhebung des Gesetzes über die Liechtensteinischen Rundfunk (LRF) (Privatisierung Radio Liechtenstein) geht?



Stimmentscheid

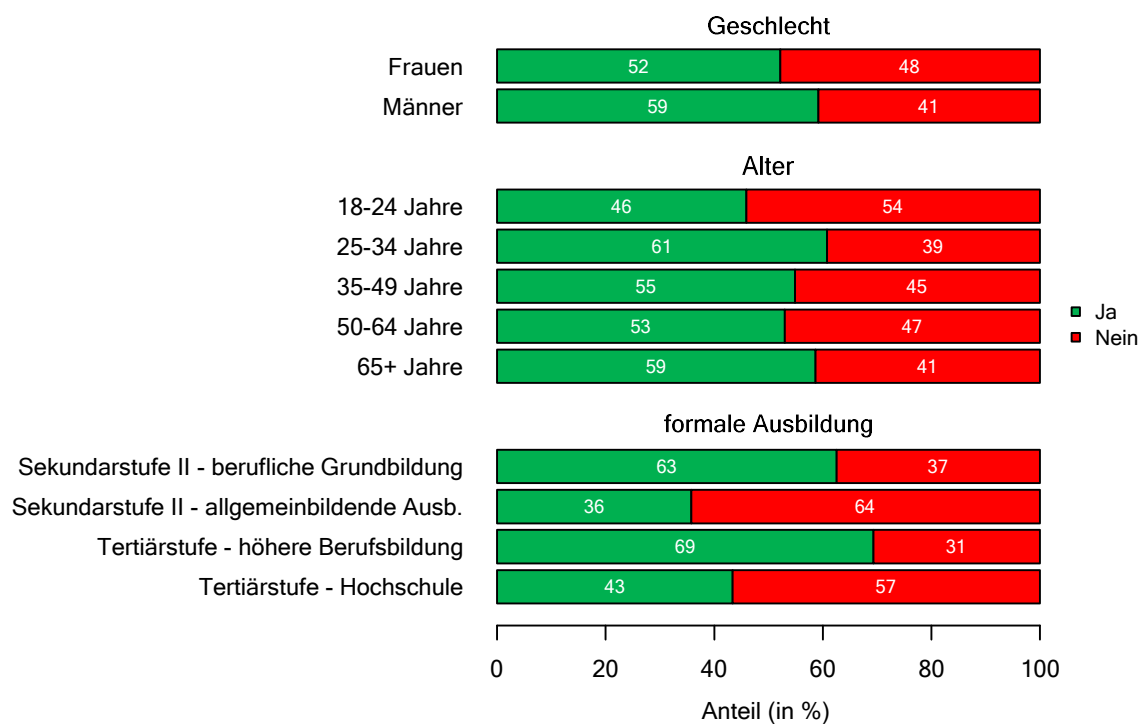
Die Initiative stiess allen voran unter den Anhängerinnen und Anhängern der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) auf grosse Zustimmung. 94 Prozent von ihnen legten ein Ja in die Urne. Auf der anderen Seite des Spektrums finden sich die Sympathisierenden der Freien Liste (FL). Sie lehnten die Vorlage grossmehrheitlich (68%) ab, während rund ein Drittel (32%) von ihnen eine Ja-Stimme in die Urnen legte. Die Anhängerschaften der beiden Grossparteien stimmten unterschiedlich ab. Während die FBP-Sympathisierenden das Begehren mehrheitlich (62% Nein-Stimmende) verwarfen, stimmte ihr eine knappe Mehrheit von 52 Prozent der VU-Sympathisierenden zu. Ebenfalls auf Zustimmung stiess die Vorlage in der zahlenmässig nicht unerheblichen Gruppe der Parteungebundenen (64% Ja) sowie unter den Anhängerschaften von weiteren, momentan nicht im Parlament vertretenen Parteien.²

² Bei den anderen Parteien ist die geringe Fallzahl zu beachten. Aufgrund dessen ist die statistische Fehlermarge hoch.



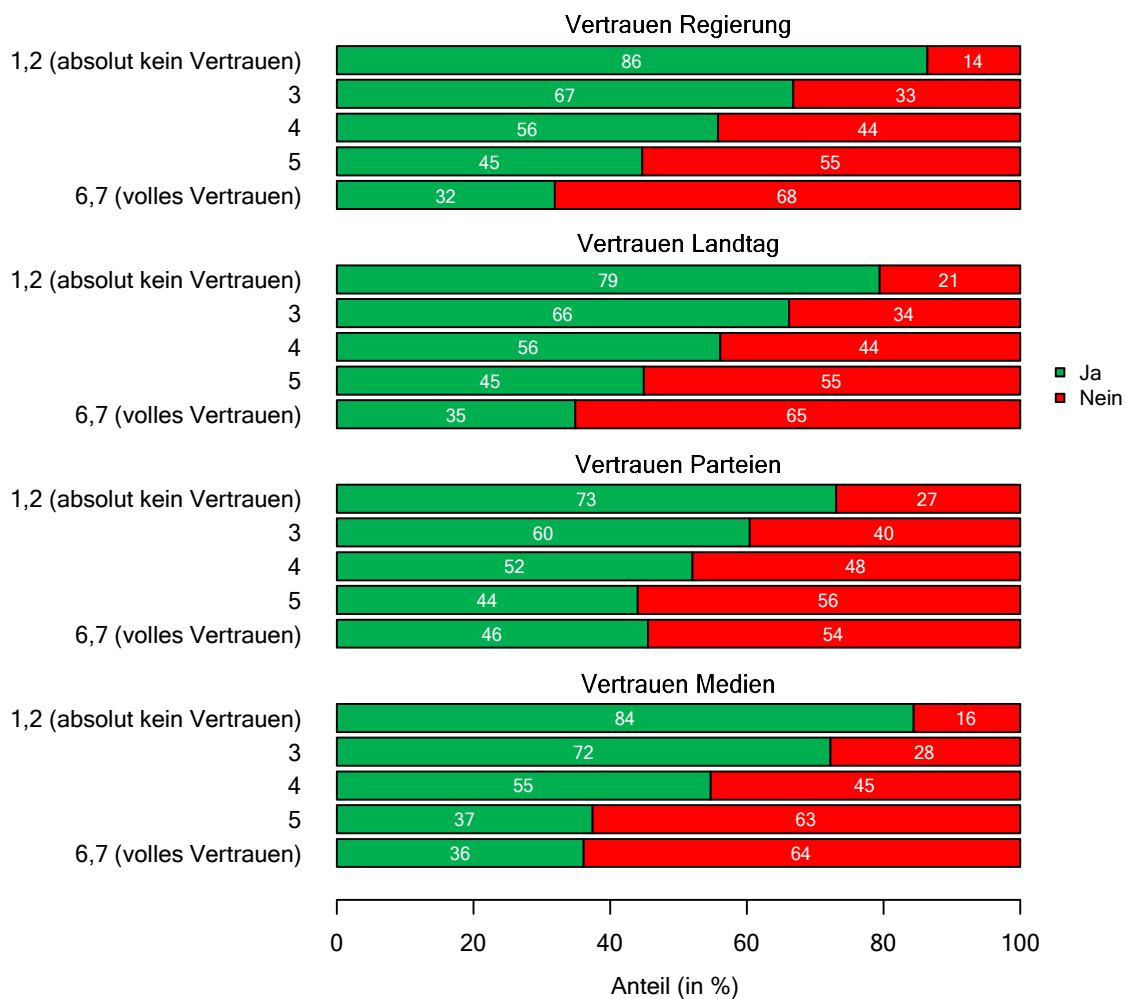
Sowohl Frauen wie auch Männer haben dem Initiativbegehren mehrheitlich zugestimmt (52%, resp. 59 %). Darüber hinaus stiess die Initiative in allen Altersgruppen ausser der jüngsten auf mehrheitliche Zustimmung. Bei den 18- bis 24-Jährigen resultiert in der Analyse zwar ein mehrheitliches Nein, aufgrund der geringen Fallzahl ist die statistische Fehlermarge jedoch zu gross, um mit genügender statistischer Sicherheit tatsächlich von einem mehrheitlichen Nein zur Initiative auszugehen.

Einen (allerdings nicht allzu tiefen) Graben legt sodann die Frage nach dem höchsten formalen Bildungsabschluss offen. Abgelehnt wurde die Aufhebung des LRF-Gesetzes einerseits von Hochschul-Absolventinnen und -Absolventen (Fachhochschule oder Universität) sowie von Personen mit Abschluss einer allgemeinbildenden Ausbildung auf Sekundarstufe II (gymnasiale Maturität, Diplommittelschulen) (57 resp. 64%). Ihnen stehen einerseits Personen mit Abschluss einer höheren Berufsbildung auf Tertiärstufe (Höhere Fachschule, höhere Fach- und Berufsausbildung) und andererseits Personen mit beruflicher Grundbildung (Sekundarstufe II – berufliche Grundbildung) gegenüber. Diese haben die Initiative mehrheitlich angenommen (69 resp. 63%).



Wie häufig bei Urnenabstimmungen gibt es auch Korrelationen zwischen Stimmentscheid und dem Vertrauen in die Institutionen. Je höher das Vertrauen in die Regierung, den Landtag, die politischen

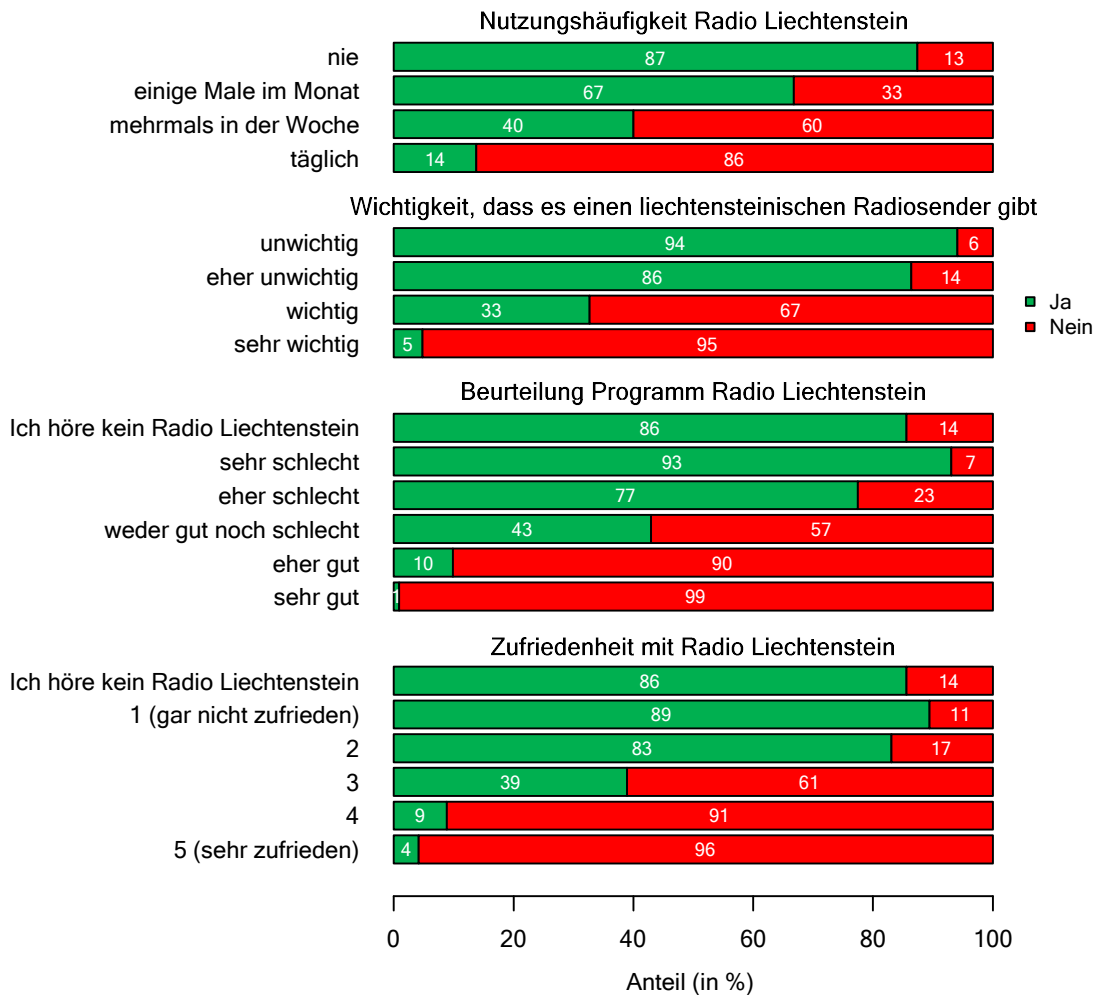
Parteien oder die liechtensteinischen Medien, desto eher wurde das Initiativbegehren zur Aufhebung des LRF-Gesetzes abgelehnt.



Schliesslich hängt der Stimmentscheid auch mit der Wahrnehmung und Nutzung von Radio Liechtenstein zusammen. Zunächst nimmt die Zustimmung zur Aufhebung des LRF mit zunehmender Nutzungshäufigkeit ab. Sprechen sich von denjenigen, die Radio Liechtenstein nie hören, noch 87 Prozent für die Initiative aus, lehnen 86 Prozent der täglich Nutzenden das Initiativbegehren ab. Eine weitere Zäsur besteht in der grundsätzlichen Frage der Wichtigkeit eines liechtensteinischen Radiosenders. Wer die Existenz eines liechtensteinischen Radiosenders grundsätzlich – unabhängig, ob öffentlich-rechtlich oder privat – für unwichtig oder eher unwichtig hält, stimmte der Initiative deutlich zu (94 resp. 86 %). Wer die Existenz eines liechtensteinischen Radiosenders hingegen wichtig oder sogar sehr wichtig findet, lehnte die Initiative mit grosser Wahrscheinlichkeit ab (67 resp. 95%).

Darüber hinaus zeigt sich eine starke Korrelation mit der Beurteilung des Programms von Radio Liechtenstein. Wer das Radioprogramm insgesamt sehr oder eher schlecht findet, stimmte der Initiative massiv zu (93 resp. 77 %), während Personen, die mit dem Programm sehr oder eher zufrieden sind, kaum je ein Ja in die Urnen einlegten (1 resp. 10 %). In der mittleren, neutralen Personengruppe, die das Programm weder ausgesprochen schlecht noch gut beurteilt, stiess die Initiative insgesamt auf Ablehnung (57 %), während Personen, die gar kein Radio Liechtenstein hören, der Initiative klar zustimmten (86 %). Alles in allem hängt der Stimmentscheid also primär mit der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Radio Liechtenstein zusammen. Je grösser die Zufriedenheit mit

Radio Liechtenstein ist, desto tiefer ist die Zustimmung zur Initiative. Sprechen sich von den gar nicht Zufriedenen noch 90 Prozent für die Initiative aus, liegt der Ja-Anteil unter den sehr Zufriedenen noch bei vier Prozent.



Erwartungen

Mit dem Stimmentscheid werden in der Regel auch gewisse Erwartungen (die Zukunft betreffend) verknüpft. Grundsätzlich ging eine Mehrzahl der Stimmenden (im Vorfeld der Abstimmung) davon aus, dass im Falle einer *Ablehnung der Initiative* mittelfristig mit *weiter steigenden Staatsbeiträgen* zu rechnen sei. Auf einer Skala von 0 (völlig unwahrscheinlich) bis 10 (sehr wahrscheinlich) wurde die Wahrscheinlichkeit steigender Staatsbeiträge im Schnitt bei 6,9 eingestuft. Dabei gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen Ja- und Nein-Stimmenden. Weiter steigende Staatsbeiträge waren in den Augen der Ja-Stimmenden sehr wahrscheinlich (Mittelwert 8,7). Die Nein-Stimmenden hielten das für insgesamt weniger wahrscheinlich (Mittelwert: 4,7). Dieser Wert zeigt aber, dass auch sie das Szenario steigender Beiträge nicht ausschlossen – schliesslich bedeutet der mittlere Wert der Skala (5), dass die Wahrscheinlichkeit, dass mittelfristig mit weiteren Staatsbeiträgen zu rechnen ist, etwa gleich gross ist wie die Wahrscheinlichkeit, dass dies nicht nötig sein wird.

Die Wahrscheinlichkeit, dass es im Falle einer *Annahme der Initiative mittelfristig keinen liechtensteinischen Radiosender («Abschaffungs-Szenario»)* mehr geben wird, wurde auf der gleichen Skala wie oben im Schnitt mit 6,7 bewertet. Die Gesamtheit der Stimmenden ging im Schnitt also mittelfristig vom Abschaffungs-Szenario aus. Dies gilt insbesondere für die Nein-Stimmenden (Mittelwert 8,2). Aber auch die Ja-Stimmenden rechneten im Schnitt (Mittelwert 5,5) damit, dass das Land mittelfristig ohne eigenen Radiosender bleibt.

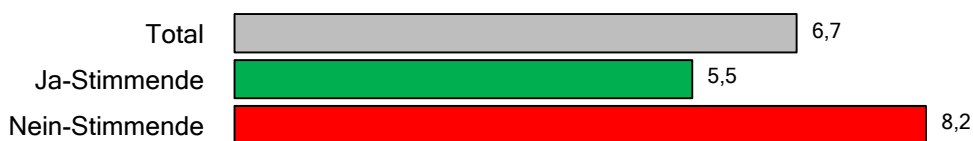
Dass bis Ende 2025 ein privater Investor gefunden wird, erachteten die Nein-Stimmenden als unwahrscheinlich (Mittelwert 2,5). Die Ja-Stimmenden erachteten dieses Szenario demgegenüber für wahrscheinlicher (Mittelwert 6,1). Insgesamt gingen die Stimmenden im Vorfeld der Abstimmung aber eher davon aus, dass kein Investor gefunden wird, als dass dies der Fall sein wird (Mittelwert 4,5).

Frage: Bei einer Abstimmung geht es immer auch darum, welche Erwartungen man im Hinblick auf die Zukunft hat. Geben Sie auf einer Skala von 0 bis 10 an, für wie wahrscheinlich Sie die folgenden Szenarien erachten.

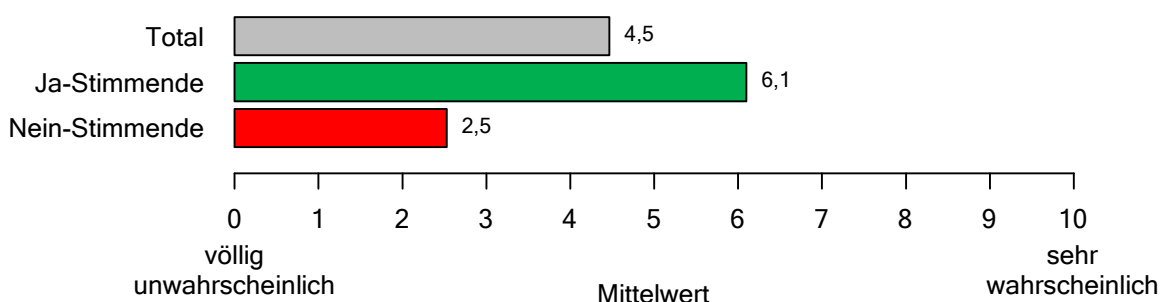
«Wird die Initiative abgelehnt, wird der Staatsbeitrag an Radio Liechtenstein mittelfristig weiter ansteigen.»



«Wird die Initiative angenommen, wird es mittelfristig keinen Liechtensteiner Radiosender mehr geben.»



«Wird die Initiative angenommen, kann bis Ende 2025 ein privater Investor gefunden werden, der den Radiosender weiterführen kann.»



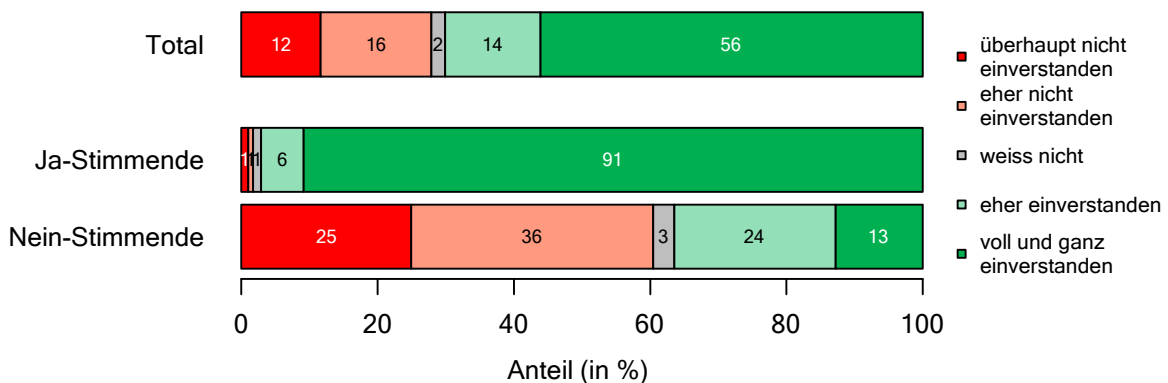
Anklang der Argumente

Den Befragten wurden konkrete, direkt mit der Abstimmungsfrage verknüpfte Argumente vorgelegt. Diese Argumente wurden im Abstimmungskampf in identischem oder ähnlichem Wortlaut vorgebracht. Welchen Anklang fanden sie?

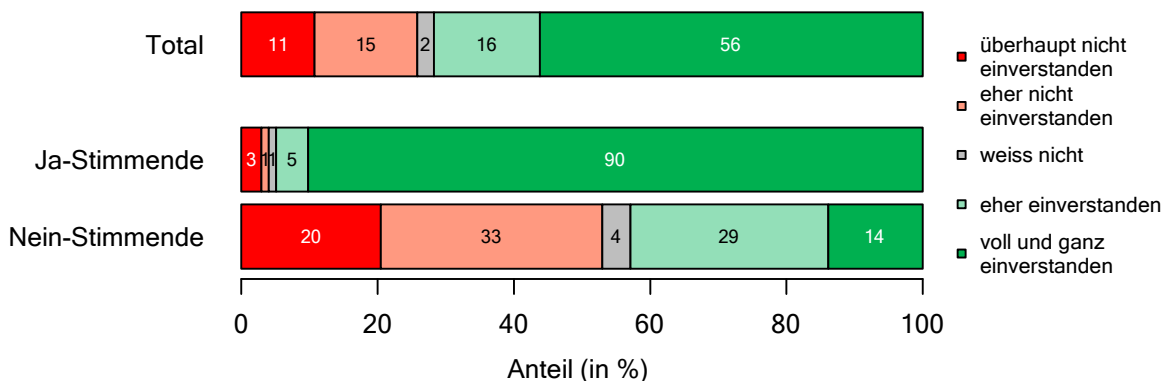
Pro-Argumente

Ein zentraler Grund für die Zustimmung zur Initiative sind die Kosten. So finden 70 Prozent der Stimmenden, dass Radio Liechtenstein in finanzieller Hinsicht ein Fass ohne Boden sei und mit den Nachtragskrediten und Budgeterhöhungen nun Schluss sein soll. 97 Prozent der Ja-Stimmenden und immerhin 37 Prozent der Nein-Stimmenden teilen diese Ansicht. Darüber hinaus ist die Mehrheit von 72 Prozent der Stimmenden der Ansicht, dass der jährliche Landesbeitrag von vier Millionen Franken für Radio Liechtenstein zu hoch sei. Auch hier äussern die Ja-Stimmenden fast geschlossen Zustimmung (95%), während auch ein nicht unbedeutender Teil der Nein-Stimmenden diesem Argument zustimmt (43%).

«Radio Liechtenstein ist ein finanzielles Fass ohne Boden. Immer wieder waren in der Vergangenheit Nachtragskredite und Budgeterhöhungen nötig. Damit muss nun Schluss sein.»

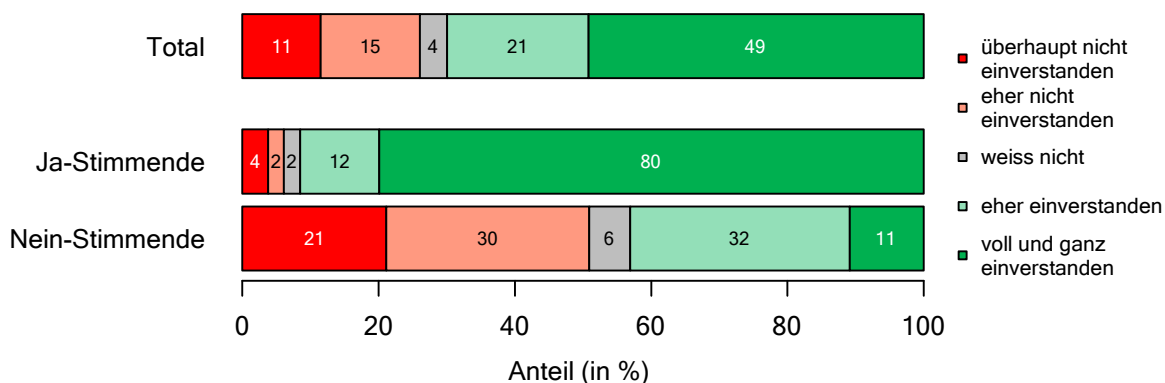


«Der jährliche Landesbeitrag für Radio Liechtenstein von rund 4 Millionen Franken ist zu hoch.»



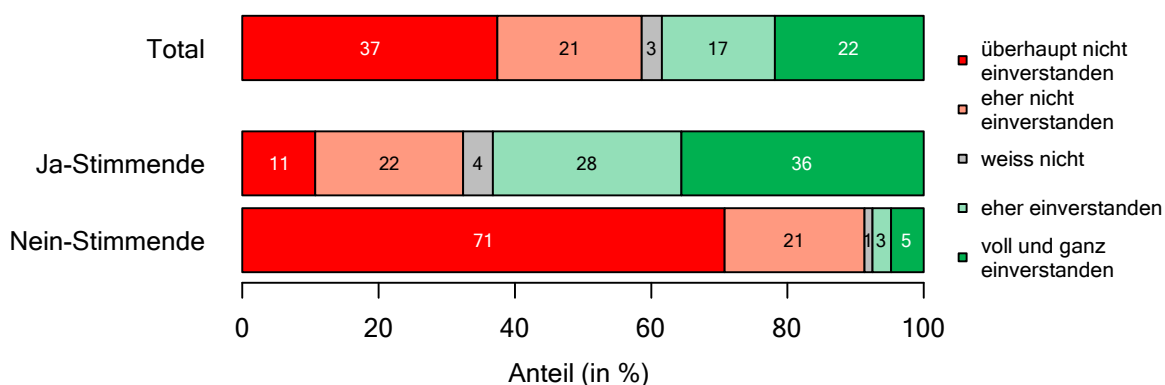
Darüber hinaus erachtet es die Mehrheit von 70 Prozent der Stimmenden als unfair, dass Radio Liechtenstein 70 Prozent der gesamten Medienförderung des Staates erhält. 92 Prozent der Ja- und 43 Prozent der Nein-Stimmenden vertreten diese Meinung.

«Radio Liechtenstein erhält etwa 70 Prozent der gesamten Medienförderung des Staates. Diese Bevorzugung des Radios gegenüber allen anderen privaten Medienunternehmen ist nicht gerechtfertigt.»



Braucht Liechtenstein denn überhaupt einen eigenen Radiosender? 58 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass es einen liechtensteinischen Radiosender brauche. 39 Prozent der Stimmenden sehen darin hingegen keine Notwendigkeit. Letztere stimmten in der Folge in den allermeisten Fällen «Ja»³. Aber: Ein Drittel der Ja-Stimmenden wünscht sich durchaus einen eigenen Sender (33%).

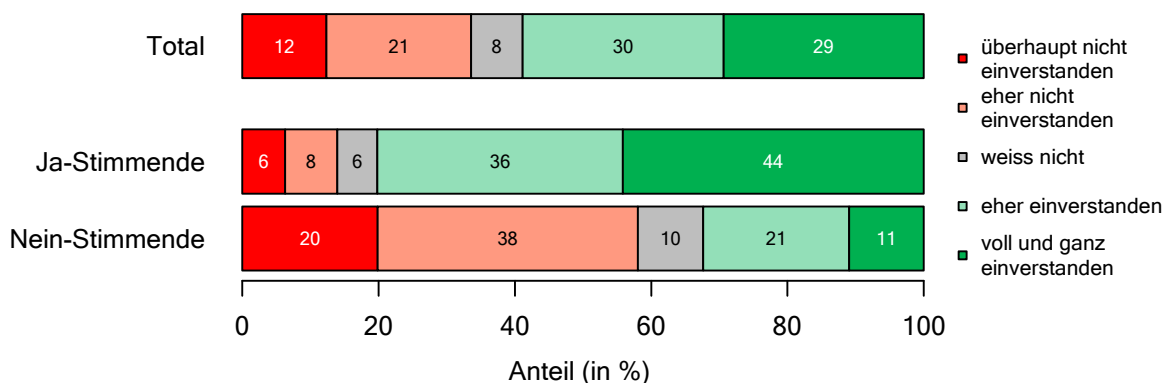
«Es braucht überhaupt keinen liechtensteinischen Radiosender.»



Der Ansicht, dass die Politik die Medienförderung so ansetzen kann, dass auch ein privates Radio überleben kann, pflichteten 59 Prozent der Stimmenden bei. Vier von fünf Ja-Stimmenden (80%), aber selbst ein Drittel der Nein-Stimmenden teilen diese Ansicht (32%). Demgegenüber findet ein Drittel von allen Stimmenden, dass es nicht möglich ist, das Überleben eines privaten Radiosenders via Medienförderung zu sichern (33%). Vor allem die Nein-Stimmenden sind diesbezüglich skeptisch (58%).

³ 93 bzw. 90 Prozent, die mit obiger Aussage eher bzw. voll und ganz einverstanden sind, nahmen das Begehren an. Wer mit obiger Aussage überhaupt nicht einverstanden war, stimmte umgekehrt mit ähnlich hoher Wahrscheinlichkeit (84%) „Nein“. Aufschlussreich ist jedoch, dass jene, die mit dem obigen Statement *eher nicht einverstanden* sind, *also im Prinzip einen liechtensteinischen Radiosender wollen, sich aber dessen nicht völlig sicher sind („eher“)*, am Ende mehrheitlich (57%) ein Ja einlegten.

«Es ist für die Politik grundsätzlich möglich, die Medienförderung zukünftig so anzusetzen, dass auch ein privater Radiosender in Liechtenstein überleben kann.»

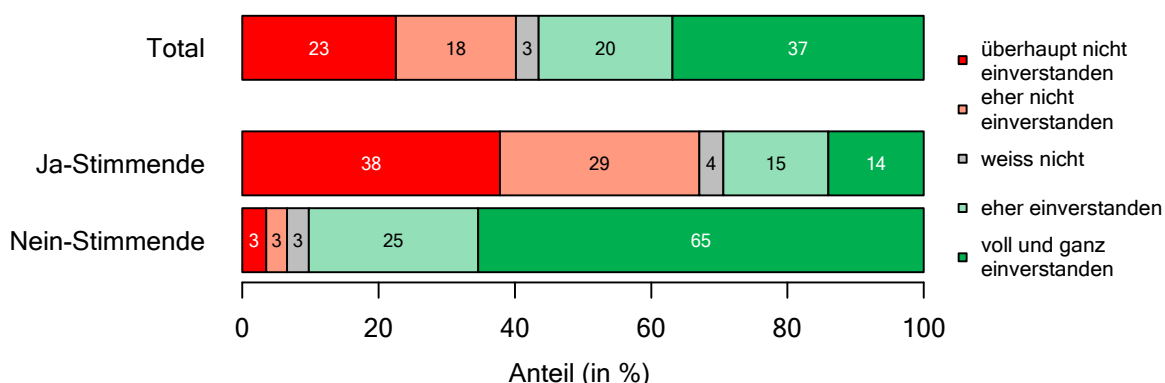


Kontra-Argumente

Ein häufig vorgebrachtes Kontra-Argument lautete, dass eine Privatisierung die Abschaffung eines liechtensteinischen Radiosenders bedeute, weil kein Radiosender ohne staatliche Unterstützung im kleinen liechtensteinischen Markt überleben könne. 90 Prozent der Nein-Stimmenden stimmten dieser Aussage zu, während ihr 67 Prozent der Ja-Stimmenden widersprachen. Von den 29 Prozent der Ja-Stimmenden, die mit der Annahme der Initiative eine Abschaffung eines liechtensteinischen Radiosenders verbanden, ist eine klare Mehrheit (82 bzw. 63%)⁴ gleichzeitig der Ansicht, dass es auch keinen liechtensteinischen Sender brauche. Kurz: Ein Teil der Ja-Stimmenden (29%) nahm eine Abschaffung des Radios in Kauf, sah darin aber grossmehrheitlich kein Problem, weil es ihrer Ansicht nach keinen Radiosender aus dem Land Liechtenstein braucht.

Insgesamt stösst dieses Kontra-Argument auf eine Zustimmung von 57 Prozent.

«In einem derart kleinen Markt wie dem liechtensteinischen kann ein Radiosender ohne staatliche Unterstützung nicht überleben. Eine Privatisierung würde deshalb die Abschaffung eines liechtensteinischen Radiosenders bedeuten.»



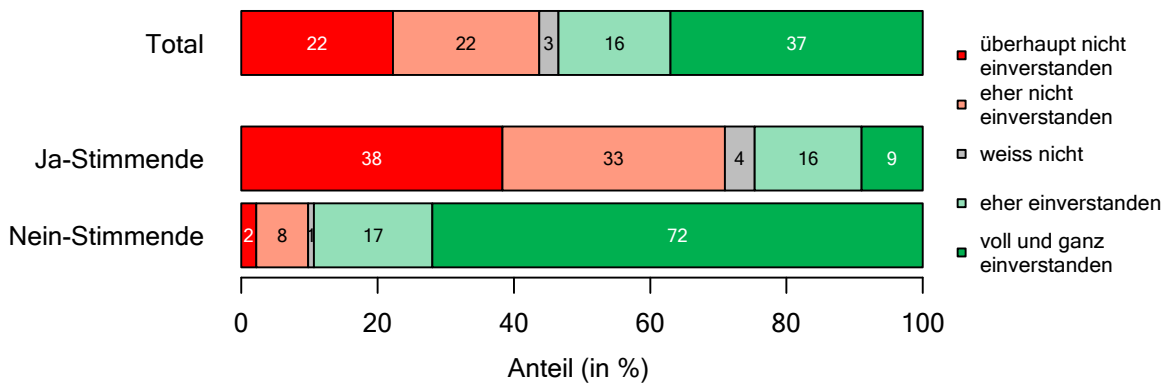
Die Gegnerinnen und Gegner der Initiative argumentierten ferner, dass bei einer Annahme des Volksbegehrens die Medienvielfalt und die Neutralität der Berichterstattung gefährdet seien. Eine knappe Mehrheit von 53 Prozent der Stimmenden teilen die Befürchtung, dass die Medienvielfalt im

⁴ Dabei beziehen sich die 82% auf jene, die mit der obigen Aussage «voll und ganz» einverstanden waren, während die 63% auf jene referieren, die mit der Aussage «eher» einverstanden waren.

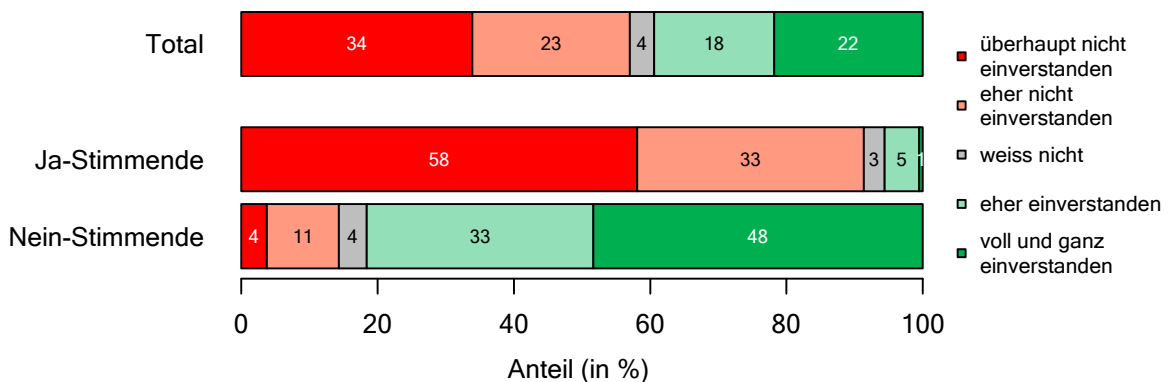
Land nicht mehr gegeben wäre, wenn nach dem Volksblatt auch noch Radio Liechtenstein wegfallen würde – darunter auch ein Viertel der Initiativbefürworterinnen und -befürworter.

Dem Argument, dass es einen staatlich finanzierten Radiosender brauche, weil nur öffentlich-rechtliche Sender gesetzlich zu einer neutralen Berichterstattung verpflichtet sind, wird hingegen mehrheitlich (57%) widersprochen. Dabei gibt es jedoch grosse Unterschiede zwischen Befürworter- und Gegenseite. 81 Prozent der Ja-Stimmenden widersprechen der Ansicht, dass eine neutrale Berichterstattung nur von einem öffentlich-rechtlichen Sender garantiert werden kann, während 91 Prozent der Nein-Stimmenden diese Ansicht teilen.

«Fällt nach dem Volksblatt auch Radio Liechtenstein weg, ist die Medienvielfalt im Land nicht mehr gegeben.»

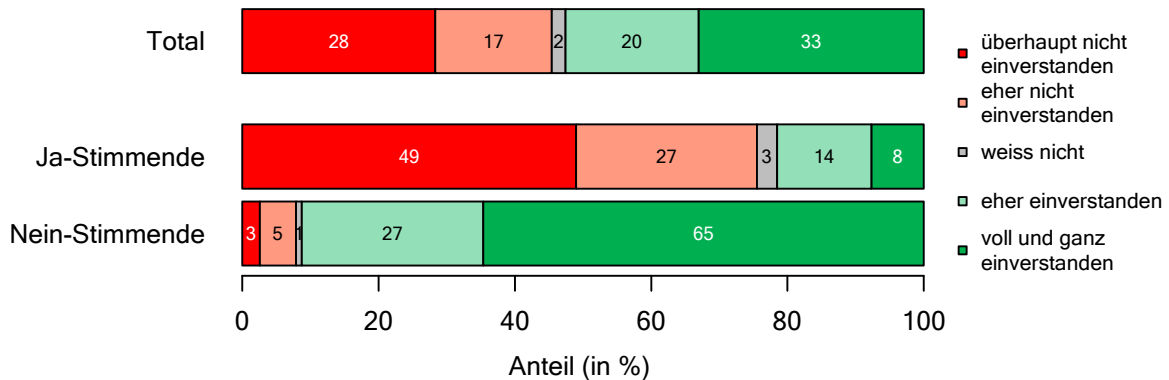


«Nur öffentlich-rechtliche Sender sind gesetzlich verpflichtet, neutral zu berichten. Deshalb braucht es einen staatlich finanzierten Radiosender.»



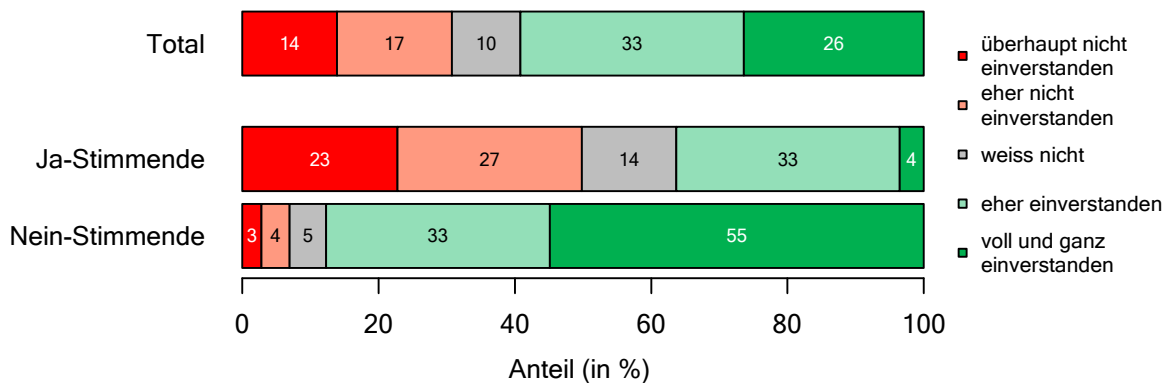
Ein weiteres Kontra-Argument besagte, dass Liechtenstein auch deshalb einen eigenen Radiosender brauche, weil dies das schnellste Medium sei, um die Bevölkerung zu warnen und zu informieren. 53 Prozent der Stimmenden teilen dieses Argument, 45 Prozent widersprechen ihm. In Zweifel gezogen wird diese Ansicht vor allem von den Befürworterinnen und Befürwortern des Volksbegehrens.

«Jedes europäische Land hat seinen eigenen Radiosender, nur schon deshalb, weil das Radio das schnellste Medium ist, um die Bevölkerung zu warnen oder zu informieren. Deshalb braucht auch Liechtenstein ein eigenes Radio.»



Schliesslich erhalten die getätigten Umstrukturierungen und der neu aufgestellte Verwaltungsrat insgesamt gute Noten. 59 Prozent der Stimmenden sind der Ansicht, dass sich Radio Liechtenstein damit wieder in eine gute Richtung bewegt habe. Selbst 37 Prozent der Ja-Stimmenden sind dieser Ansicht, wobei sich ein vergleichsweise hoher Anteil von 14 Prozent dazu nicht äussern kann oder will und dementsprechend mit «Weiss nicht» geantwortet hat. Wer der aktuellen Unternehmensleitung von Radio Liechtenstein eine gute Leistung attestiert, die Initiative aber trotzdem annahm, gab vornehmlich die (finanzielle) Vorgeschichte (wiederkehrende Nachtragskredite etc.) als Stimmmotiv an (vgl. Auswertung der Motivnennungen im separaten Excelfile).

«Mit der Umstrukturierung und dem neu aufgestellten Verwaltungsrat bewegt sich Radio Liechtenstein wieder in eine gute Richtung.»

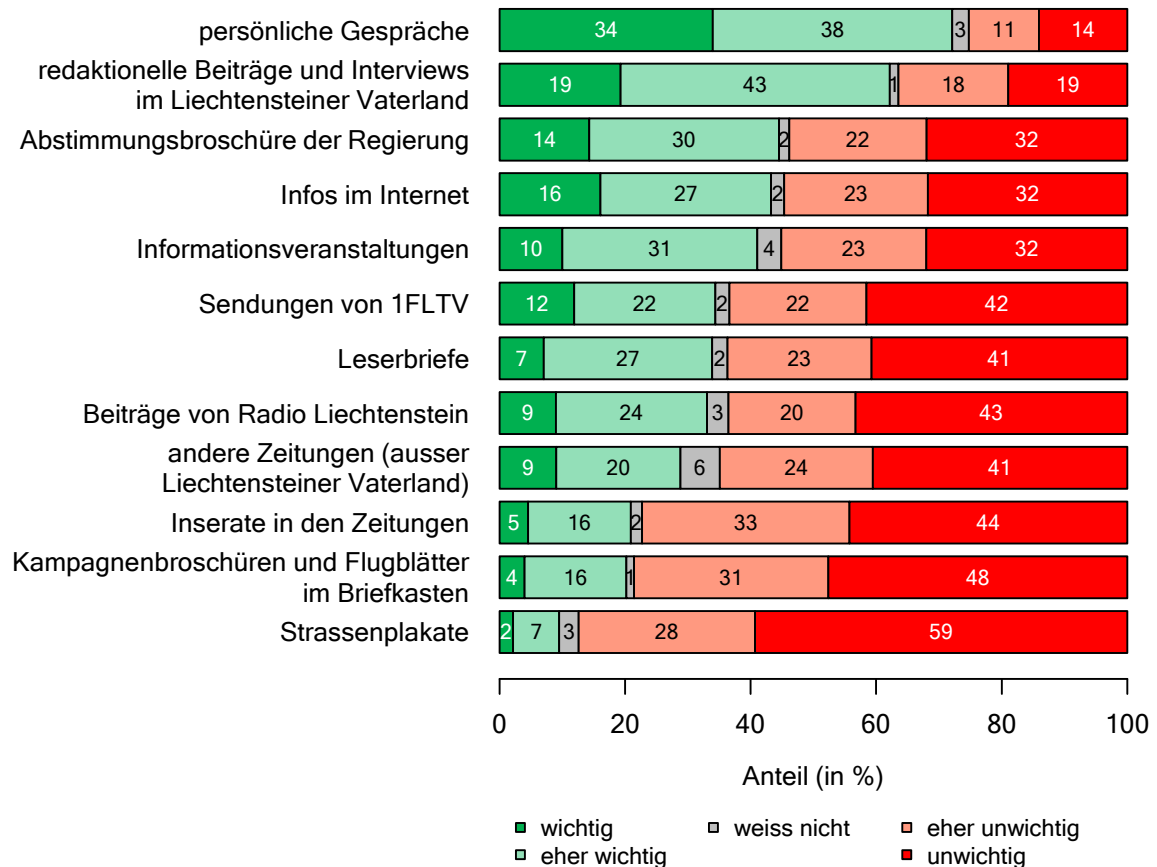


Informationskanäle

Als besonders wichtiger Informationskanal für die Meinungsbildung vor dem Urnengang wird einmal mehr das persönliche Gespräch angegeben. Sieben von zehn Befragten erachten das persönliche Gespräch als wichtig oder eher wichtig (72%). An zweiter Stelle folgen, wie häufig bei Abstimmungsumfragen, die redaktionellen Beiträge und Interviews im Liechtensteiner Vaterland (62%). Danach folgen die Abstimmungsbroschüre der Regierung und Infos aus dem Internet. Informationsveranstaltungen wurden von einer starken Minderheit (41%) als wichtige Informationsquelle betrachtet, ebenso 1FLTV (34%) und Leserbriefe (34%). Radio Liechtenstein selbst

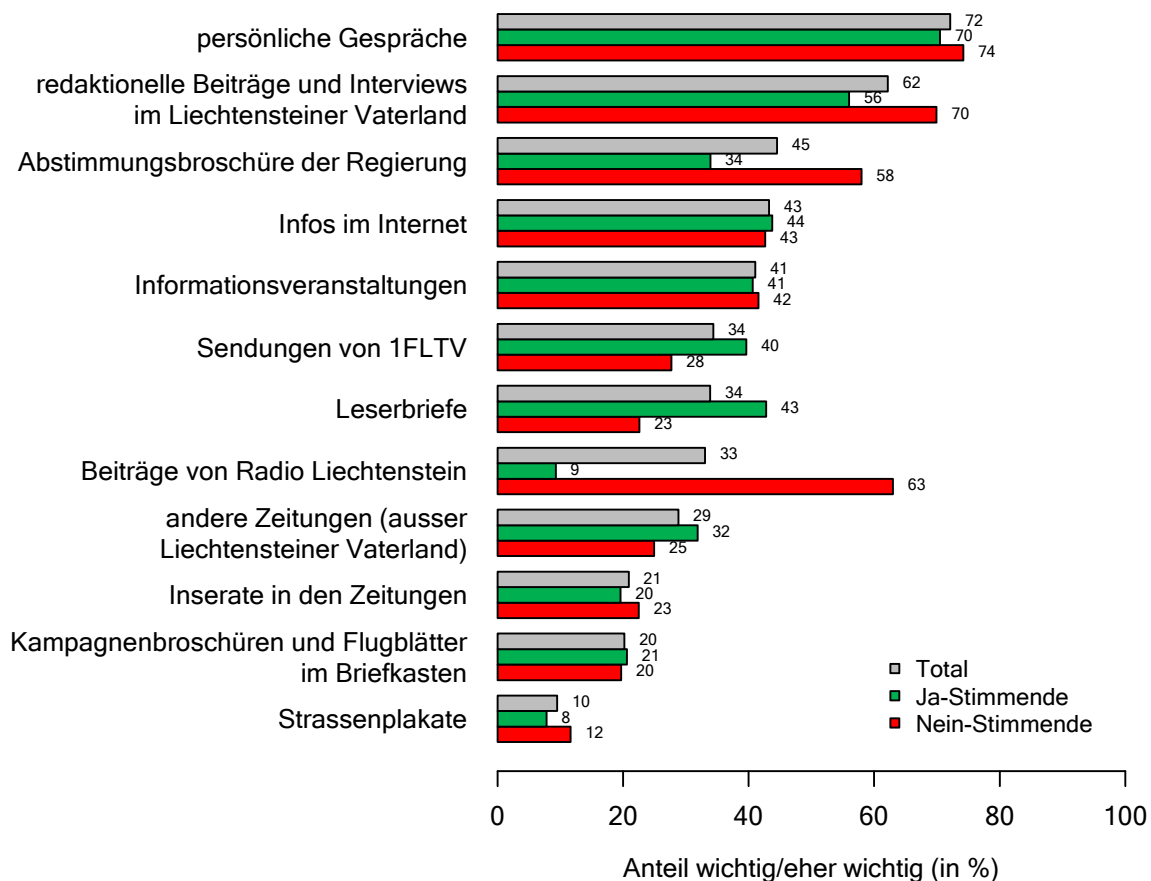
wurde bei dieser Abstimmung signifikant öfter als bedeutende Informationsquelle genannt (34%) als noch bei der IWF-Abstimmung (19%).

Frage: Sind die folgenden Informationskanäle für Ihre Entscheidungsfindung eher wichtig oder eher unwichtig gewesen?



Aufgeschlüsselt nach Stimmentscheid zeigen sich teils erhebliche Unterschiede zwischen Befürworter- und Gegnerschaft. Die Beiträge von Radio Liechtenstein selbst waren vor allem für die Gegnerinnen und Gegner bedeutsam (63%), während die Befürworterschaft ihnen geringe Bedeutung beimass (9%). Dabei ist in diesem speziellen Fall, in dem Radio Liechtenstein ja selbst der Abstimmungsgegenstand war, nicht auszuschliessen, dass (teilweise) eine sogenannten Endogenität (d.h., der Entscheid färbe auch umgekehrt auf die Bedeutungszumessung ab) vorliegt. Die Gegnerschaft der Initiative mass auch den redaktionellen Beiträgen und Interviews im Liechtensteiner Vaterland und der Abstimmungsbroschüre der Regierung einen grösseren Einfluss bei als die Befürworterinnen und Befürworter. Für die Befürworterseite spielten hingegen die Leserbriefe und Sendungen von 1FLTV eine wichtigere Rolle als für die Gegenseite.

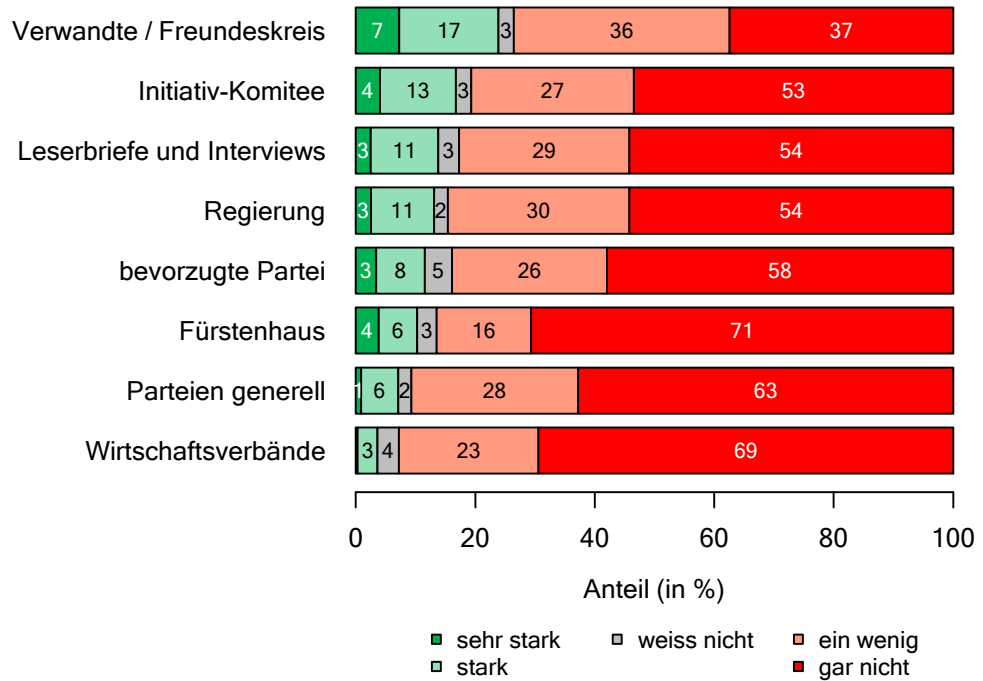
Dies soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass für beide Seiten am Ende das persönliche Gespräch die wichtigste Informationsquelle bildete.



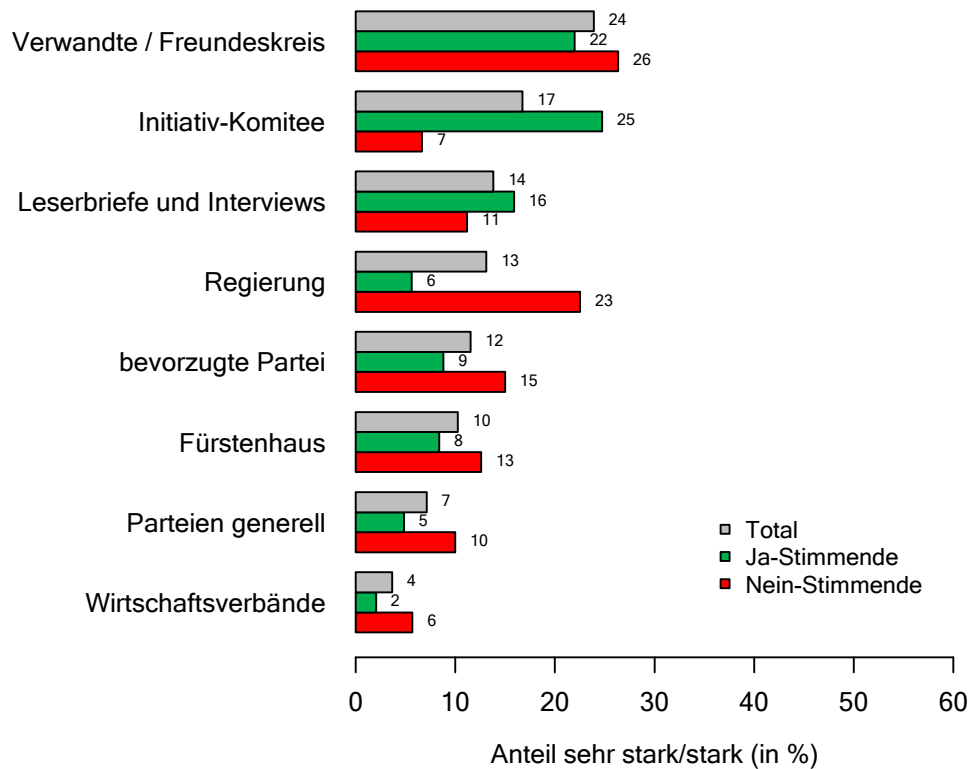
Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung

Empfehlungen und Meinungen verschiedener Akteure haben beim Initiativbegehren zur Aufhebung des LRFG keine überaus grosse Rolle gespielt. Die Werte sind überall tiefer als etwa bei der IWF-Abstimmung. Am ehesten orientierte man sich an Empfehlungen aus dem Verwandten- und Freundeskreis. Jedoch gibt nur ein Viertel der Stimmenden an, dass dieser Einfluss stark oder sogar sehr stark war. An zweiter Stelle folgt das Initiativ-Komitee.

Frage: Wie stark haben Empfehlungen oder Meinungen von verschiedenen Akteuren Ihre eigene Meinungsbildung und Entscheidungsfindung beeinflusst?



Unterschiede zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden zeigen sich vor allem bei der Rolle der Regierung, die von den Nein-Stimmenden klar häufiger genannt wurde als von den Ja-Stimmenden. Umgekehrt erkennen Ja-Stimmende häufiger einen Einfluss des Initiativ-Komitees als die Nein-Stimmenden. Die entsprechenden Anteilswerte sind aber eher tief.



Zusammenfassung

Die erste, deskriptive Auswertung der Umfrageergebnisse lässt einige Schlussfolgerungen zu, beantwortet indessen noch nicht alle Fragen umfassend. Wie üblich folgt deshalb in rund 3 bis 4 Wochen ein detaillierter Bericht zur Abstimmung, der weitergehende, multivariate Analysen umfasst.

Die hier veröffentlichten Ergebnisse zeigen, dass auf der Ja-Seite eine Trias von Motiven dominierte, welche ausserdem oft im gleichen Atemzug genannt wurden: Kosten, die Vergangenheit und Programmangebot bzw. -qualität. Das am häufigsten genannte Motiv der Initiativbefürworterschaft lautete, dass über eine zu lange Zeit zu viel Geld bei gleichzeitig stagnierendem/r bzw. sich verschlechterndem/r Angebot/Qualität ausgegeben wurde. Diese Motivklasse deckt bereits eine klare Mehrheit der Ja-Motive ab. Das alleine hätte aber – angesichts des relativ knappen Ergebnisses von 55 zu 45 Prozent – wahrscheinlich noch nicht für ein Ja ausgereicht. Hinzu kamen grundsätzliche, medienökonomische bzw. ordnungspolitische Motive (rund 15-20 Prozent der Ja-Stimmenden): Nicht der Staat, sondern Private sollen Medien betreiben – so die Überzeugung dieser Gruppe von Stimmenden. Weitere 10-15 Prozent der Motive bezogen sich auf unternehmerische bzw. politische Fehler in der Vergangenheit: «Langjährige Misswirtschaft» wurde von diesen Ja-Stimmenden oft als Entscheidungsgrund angeführt. Und schliesslich gab es auch einige Stimmende, die kein Radio hören und deswegen der Aufhebung des LRF-Gesetzes zustimmten.

Umgekehrt ist eine Mehrheit der Nein-Stimmenden überzeugt, dass es einen öffentlich-rechtlichen Radiosender braucht: Entweder, weil nur ein solcher Sender gewisse demokratienotwendigen Funktionen ausüben könne oder ein anderes Modell (Privatradio) aufgrund medienökonomischer Überlegungen im kleinräumigen Liechtenstein zwingend scheitern würde. Hinzu kommt eine nicht unerhebliche Zahl von Nein-Stimmenden, die sich um die Medienvielfalt sorgt, sollte das Radio seinen öffentlich-rechtlichen Status verlieren. Schliesslich wollten je rund 10 Prozent dem neu aufgestellten Radio eine Chance geben bzw. waren auch bisher bereits vom Programm/von der Qualität überzeugt.

Der Argumententest offenbart, dass sowohl die meisten Pro- wie auch die meisten Kontra-Argumente Mehrheiten fanden. Das ist ungewöhnlich, zeigt aber, dass der Stimmentscheid für einige Bürgerinnen und Bürger nicht mit *grundsätzlichen, fixen* Haltungen (z.B. Staat vs. Markt) verbunden war, sondern einen Abwägungsprozess darstellte. Zunächst ist zu sagen, dass eine Mehrheit (58%) einen Liechtensteiner Radiosender will. Für eine starke Minderheit (39%) braucht es hingegen keinen landeseigenen Radiosender, entweder weil man generell kein Radio hört⁵ oder der Ansicht ist, (Radio-)Informationen aus anderer Quelle in ausreichender Qualität beziehen zu können. Diese Gruppe hat meist mit «Ja» gestimmt. Ein weiterer Teil der Stimmenden möchte zwar einen landeseigenen Sender; er soll aber nicht öffentlich-rechtlich, sondern privatrechtlich organisiert sein. Auch diese Gruppe legte in der Regel ein Ja ein. Eine dritte Gruppe, welche das Gros der Nein-Stimmenden ausmacht, sieht hingegen in der öffentlich-rechtlichen Organisation des Radios die einzige Lösung für Liechtenstein, sei es aus demokratietheoretischen⁶ und/oder medienökonomischen Gründen. Eine letzte Gruppe, so der Gesamteindruck aus der Motivauswertung und des Argumententests, will ein Liechtensteinisches Radio. Die Organisationsform ist für diese Gruppe zweitrangig. Das Radio soll aus ihrer Sicht primär weniger kosten und ein besseres Angebot bieten – wie und in welcher (Organisations-)Form ist sekundär. Ihre Stimmabgabe, grossmehrheitlich ein «Ja», hatte (auch) Signalcharakter: Es ging primär

⁵ Rund 27% der Stimmenden gaben an, Radio Liechtenstein nie zu hören. Ob diese Gruppe allenfalls andere Radiosender hört, wurde nicht abgefragt.

⁶ Also beispielsweise die (schnelle) Bereitstellung unabhängiger, neutraler Informationen, aber auch von Notfallinformationen.

darum, zu zeigen, dass das bisherige Preis-Leistungs-Verhältnis nicht zufriedenstellend gewesen sei, ohne aber dem Radio generell eine Absage erteilen zu wollen.